

gibt in Menschenrechtsfragen internationale Standards.“ Auch hinsichtlich der Themen Todesstrafe und Arbeitserziehungslager gab es keine Annäherung. (*Berliner Zeitung*, 27./28.8.05; IHT, 30.8., 3.9.05; WSJ, 23., 30., 31.8.05; Deutsche Welle World website, 29.8., 2.9.05; ZXS, 1.9.05; *Die Welt* online, 3.9.05)

## 8 Europa und China: Stärkung der Beziehungen bei Gipfeltreffen

Am 5. September trafen sich in Beijing Vertreter Chinas und der Europäischen Union zum jährlichen Gipfeltreffen. Die im Großen und Ganzen guten Beziehungen zwischen der EU und China wurden auf diesem 8. Gipfel vom Textilstreit überschattet, der trotz intensiver Gespräche bis zum Vorabend des Treffens nicht beigelegt werden konnte (vgl. Dokumentation in der Rubrik „Außenwirtschaft“ in diesem Heft). Premierminister Wen Jiabao repräsentierte bei dieser Zusammenkunft die chinesische Seite. Als Vertreter der Europäischen Union nahmen der amtierende EU-Ratspräsident Toni Blair, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie der Generalsekretär des Europäischen Rates und Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Javier Solana teil. Die Repräsentanten der EU trafen auch mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Hu Jintao sowie mit dem Mitglied des Staatsrates Tang Jiaxuan zusammen. Gleichzeitig wurde der 2. China-EU Wirtschaftsgipfel abgehalten (vgl. die Dok in der Rubrik „Außenwirtschaft“ in diesem Heft).

Die Bekräftigung zur Fortführung und Vertiefung der im Jahr 2003 vereinbarten umfassenden strategischen Partnerschaft zwischen der EU und China wurde durch die Unterzeichnung einer Reihe von Memoranden und Vereinbarungen konkretisiert. Diese berührten insbesondere die Bereiche Umweltschutz, Raumfahrt, Energie und Verkehr sowie den politischen Dialog. Zu den wichtigsten Dokumenten gehörten die gemeinsame Deklaration zum

Klimawandel, die Unterzeichnung eines Kredites zur Erweiterung des Beijinger Flughafens sowie die Vereinbarung zur Durchführung eines regelmäßigen Strategiedialoges auf der Ebene der Vize-Außenminister ab Ende 2005. Weitere bedeutende Themen des Gipfeltreffens betrafen die Vorbereitungen zu einem neuen Rahmenabkommen zwischen China und der EU sowie die Verhandlungen zum gemeinsamen Flugverkehrsabkommen, die noch in diesem Jahr beginnen sollen.

30 Jahre nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der VR China im Jahr 1975 seien laut Solana die Beziehungen zwischen der EU und China außerordentlich gut. Es gäbe jedoch weiterhin Differenzen in Fragen der Menschenrechte, der Sozialstandards und politischer Reformen. Chinas Forderung nach Aufhebung des 1989 von der EG verhängten Waffenembargos sowie nach Anerkennung Chinas als vollwertige Marktwirtschaft bildeten weitere noch ungeklärte Themenblöcke. Solana äußerte die Hoffnung, die Kooperation in Fragen von regionaler und internationaler Relevanz, wie der Nichtverbreitung von Atomwaffen, zu verstärken.

Toni Blair traf am 6. September erneut mit Wen Jiabao zusammen, dieses Mal in seiner Funktion als Premierminister Großbritanniens. Auf dem britisch-chinesischen Gipfel standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund, es wurden jedoch auch Abkommen im kulturellen Bereich unterzeichnet und ein Vier-Jahres-Programm zum Kulturaustausch zwischen China und Großbritannien angekündigt. (WSJ, 4., 6.9.05; Xinhua, 5., 6.9.05; XNA, 5.9.05, nach BBC PF, 5.9.05; RMRB online, 6.9.05, nach BBC PF, 6.9.05; ST, 5.9.05; FT, 5.9., 7.9., 8.9.05; ZTS, 6.9.05, nach BBC PF, 6.9.05)

---



---

## Innenpolitik

Heike Holbig / Katrin Willmann

---



---

### 9 Postume Rehabilitierung Hu Yaobangs?

Nach Insiderinformationen aus politischen Elitekreisen in Beijing plant die parteistaatliche Führungsspitze mit persönlicher Unterstützung von Partei- und Staatschef Hu Jintao, anlässlich des 90. Geburtstags von Hu Yaobang im November 2005 erstmalig offizielle Gedenkfeiern zu dessen Ehren abzuhalten. Sollten sich diese Informationen bewahrheiten, käme dies einer offiziellen postumen Rehabilitierung des 1987 wegen seiner „bourgeois-liberalen“ Haltung gestürzten und 1989 verstorbenen KPCh-Generalsekretärs gleich. Der Tod des populären Politikers am 15. April hatte den Auslöser für die groß angelegten Studentendemonstrationen im Frühsommer 1989 gebildet, die in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni im Massaker auf dem Tiananmen-Platz ihr Ende fanden. Das Gedenken an Hu Yaobang, der als einstiger Mentor Hu Jintaos während dessen formativem Karriereabschnitt im Kommunistischen Jugendverband gilt, war seither von offizieller Seite aus Furcht vor einem Wiederaufflammen der Proteste tabuisiert worden.

Soweit bekannt, sollen zum 90. Geburtstag Hu Yaobangs am 20. November d.J. nun erstmals Gedenkfeiern in der Großen Halle des Volkes stattfinden. Das Ereignis, zu dem auch einige Mitglieder des Politbüros erwartet werden, soll im staatlichen Fernsehen übertragen werden. Ferner sind Ausstellungen in seiner Heimatstadt Liuyang in der südchinesischen Provinz Hunan sowie die Publikation einer Biographie Hu Yaobangs in drei Bänden geplant. Von der Rehabilitierung der Person Hus trenne die parteistaatliche Führungsspitze allerdings die generelle Frage nach einer Neubewertung

der Tiananmen-Ereignisse des Jahres 1989, in der man sich nicht zu bewegen gedenke.

Beobachter vermuten unterschiedliche Beweggründe hinter der Befürwortung der Rehabilitation Hu Yaobangs durch Hu Jintao. Manche Kommentatoren wollen darin ein Zeichen für eine liberalere Ausrichtung parteistaatlicher Politik unter der Führung Hu Jintaos erkennen, dessen Ansehen im Gefolge wiederholter Repressalien gegenüber Journalisten, Internetaktivisten und zivilgesellschaftlichen Organisationen zumindest im westlichen Ausland zunehmend gelitten hatte. Der jüngste repressive Umgang der staatlichen Sicherheitsbehörden mit Gefolgsleuten und Bekannten des im Januar d.J. verstorbenen Zhao Ziyang, der 1989 ebenfalls im Kontext der Tiananmen-Ereignisse gestürzt worden war, spricht allerdings kaum für eine Entspannung oder gar Toleranz gegenüber liberalen Kräften (vgl. C.a., 1/2005, S. 13-16).

Andere Kommentatoren vermuten eher einen Versuch Hu Jintaos, seine persönliche Machtbasis innerhalb der parteistaatlichen Elite zu konsolidieren. In diesem Sinne könnte Hu Jintao bestrebt sein, durch die Rehabilitierung seines früheren Mentors zusätzliche politische Unterstützung aus dem weit verzweigten Netzwerk des Kommunistischen Jugendverbands zu generieren. Eine strategische Motivation könnte außerdem darin liegen, die Loyalität „rechts“ gerichteter liberaler Teile der politischen Elite zu gewinnen, die im Zuge des Aufschwungs der „Neuen Linken“ in den vergangenen drei Jahren zusehends marginalisiert worden sind, und damit die Konsensfähigkeit seiner „links“ orientierten politischen Agenda auszubauen. (SCMP, 5.9.05; ST, 5.9.05; WSJ, 6.9.05; *Economist*, 20.8.05; *China Brief*, vol. 5, issue 19, 13.9.05) -hol-

## 10 Wen Jiabaos „Reise in den Süden“ – Versteckte Kritik an Shenzhen

Mitte September bereiste Ministerpräsident Wen Jiabao in Begleitung von Zhang Dejiang, Politbüromitglied und Parteisekretär der Provinz Guangdong, und Provinzgouverneur Huang Huahua die südostchinesische Provinz Guangdong. Anlass waren Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der Sonderwirtschaftszone (SWZ) Shenzhen, die 1980 unter Deng Xiaoping eingerichtet worden war und seither als Vorreiter unter den SWZ der VR China gilt.

Anders als Deng Xiaoping jedoch, der Anfang 1992 auf seiner „Reise in den Süden“ den marktwirtschaftlichen Reformkurs wieder belebt und in diesem Kontext insbesondere Shenzhen als Verkörperung der Vision eines modernen China gerühmt hatte, übte Wen Jiabao auf seiner jüngsten Reise versteckte Kritik an der SWZ.

Zwar bestätigte der Ministerpräsident in offiziellen Reden die hohe Bedeutung, die Shenzhen und anderen SWZ entlang der südostchinesischen Küste in der Vergangenheit als Demonstrationsobjekte und Laboratorien für wirtschaftspolitische Experimente zugekommen sei und die ihnen auch in der Zukunft zukomme. Allerdings wurde zwischen den Zeilen seiner Ansprachen zugleich Kritik am eigenwilligen Entwicklungskurs Shenzhens deutlich. So ermahnte Wen Jiabao die Stadt, sich „besser zu integrieren und dem Land zu dienen“. Konkret forderte er von Shenzhen, einen stärkeren Beitrag zur Entwicklung rückständiger und armer Regionen im Inneren Chinas zu leisten. Vor allem aber sei es die „Mission“ Shenzhens, durch intensive Kooperation mit Hongkong die Prosperität der benachbarten Sonderverwaltungsregion zu sichern – eine historische Verantwortung, vor der sich Shenzhen „nicht drücken“ dürfe. Konkrete Kooperationsfelder sah Wen Jiabao in den Bereichen Stadtplanung, Ausbau moderner Industrien (u.a. Informations-, Biotechnologie- und Dienstleistungsindustrien), In-

frastruktur (insbesondere auch Hafenmanagement), Wissenschaft und Bildung, öffentliche Sicherheit sowie Umweltschutz. Ferner warnte er vor blindem Eifer beim Aufbau ineffizienter und umweltverschmutzender Industrien und mahnte stattdessen eine verstärkte Konzentration auf innovative Schlüsselindustrien wie IT und Biotechnologie und den Aufbau internationaler Markenunternehmen an. Die Kulturindustrie, mit deren Wachstumserfolgen sich offizielle Vertreter Shenzhens häufig brüsten, erwähnte der Ministerpräsident nicht.

Kritische Untertöne enthielten auch die Appelle Wen Jiabaos an die Adresse der Provinzführung von Guangdong, wonach die Provinz eine „führende Rolle“ im Bereich nachhaltiger, qualitativer Entwicklung übernehmen solle. Angesichts eines Einbruchs der hohen zweistelligen Wirtschaftswachstumsraten im ersten Halbjahr 2005, den chinesische Experten als Folge einer jahrelangen „pragmatischen“, nur an kurzfristigen quantitativen Erfolgen orientierten Wirtschaftspolitik erklären, erhalten Wens Äußerungen akute politische Brisanz. (XNA, 13.9.05; Xinhua, 14.9.05, nach BBC PF, 15.9.05; SCMP, 13., 19., 20., 23.9.05) -hol-

## 11 Neue Maßnahmen der Terrorismusbekämpfung

Im Berichtszeitraum August bis September 2005 wurden weitere Maßnahmen der chinesischen Regierung im Rahmen der Terrorismusbekämpfung bekannt. Mitte August berichteten chinesische Medien, dass die Regierung derzeit einen Entwurf für ein Antiterrorismugesetz anfertigen lässt, der bis Ende des Jahres veröffentlicht werden soll. Wie Prof. Zhao Bingzhi als beteiligter Strafrechtsexperte ausführte, seien alle bereits existierenden internationale Gesetze oder Vorschriften gegen Terrorismus unzureichend, um terroristische Aktivitäten tatsächlich einzudämmen. Gemäß dieser Beurteilung dürfte in dem chinesischen Gesetzesentwurf ein besonders har-

tes Vorgehen gegen Terroristen in der VR vorgesehen sein.

Ein verstärktes Bemühen der chinesischen Regierung um eine Verbesserung der internationalen Terrorismusbekämpfung zeigte sich weiterhin, als bekannt wurde, dass in der Autonomen Region Xinjiang, nahe der Hauptstadt Urumqi, ein internationales Forschungs- und Trainingszentrum gegen Terrorismus, Separatismus und religiösen Extremismus eingerichtet werden soll. Gemäß den Informationen der Lokalregierung Xinjiangs, werden dort insbesondere Polizeikräften aus den zentralasiatischen Mitgliedsstaaten der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) die Möglichkeit für eine gemeinsame Ausbildung erhalten. Für das Trainingslager sind Ausgaben in Höhe von 700 Mio. Yuan vorgesehen. Mit seiner Fertigstellung ist in fünf Jahren zu rechnen.

Gleichzeitig wurde berichtet, dass in 36 größeren chinesischen Städten Sondereinheiten der Polizei eingerichtet werden sollen, um gegen terroristische Angriffe, Aufstände und ähnliche Fälle akuter Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorgehen zu können. Diese Maßnahme ist zum einen im Zusammenhang mit der hohen Zahl an gesellschaftlichen Protesten, die immer wieder verschiedene Landesteile erschüttern, zu sehen (siehe Dokumentation oben). Zum anderen dürfte die Bekanntgabe weiterer Schritte im Antiterrorkampf, der ebenso separatistische Bestrebungen für ein unabhängiges Ostturkestan muslimischer Uighuren in Xinjiang umfasst, nicht ohne Absicht kurz vor dem 50. Jahrestag der Annexion Xinjiangs am 1. Oktober platziert sein. So werden die so genannten „Ostturkestan“-Terroristen, wie z.B. die Islamische Bewegung Ostturkestan und die Befreiungsbewegung Ostturkestan, von der chinesischen Antiterrorismus Behörde als die größte derzeitige und zukünftige terroristische Bedrohung für China eingestuft.

Welch besondere Gefahr von diesen separatistischen Gruppierungen ausgeht, soll folgende Statistik un-

terstreichen, die von der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlicht wurde: Terroristen, Separatisten und Extremisten in der Autonomen Region Xinjiang hätten in den vergangenen 10 Jahren 260 terroristische Anschläge verübt und dabei 160 Menschen getötet sowie 440 weitere verletzt. Zhao Yongchen, Vizedirektor der Antiterrorismusbehörde, die dem Ministerium für öffentliche Sicherheit zugeordnet ist, betonte, dass dies nicht nur die Sicherheit und Stabilität innerhalb Chinas bedrohe, sondern auch auf die ganze Region Auswirkungen hätte.

Damit hält die Regierung der VR China an ihrem bisherigen Kurs fest, innerchinesische Probleme mit Separatisten auf die Stufe von internationalem Terrorismus zu heben und zu seiner Bekämpfung tatkräftig beizutragen. Ein Novum ist hingegen, dass die gesellschaftlichen Unruhen, die sich zumeist gegen lokale Missstände wie Korruption, Umweltverschmutzung und Landenteignungen richten, im Falle der polizeilichen Sondereinheiten zusammen mit terroristischen und extremistischen Gewalttaten in eine Reihe gestellt werden. (WSJ, 18.8., 6.9.05; RMRB online, 10.8.05; FT, 19.8.05; ST, 1.9.05; XNA, 5.9.05) -kw-

## 12 40. Jahrestag der Gründung Tibets

Den 40. Gründungstag der Autonomen Region Tibets am 1. September 2005 nahm die parteistaatliche Führung zum Anlass, erneut ihren positiven Einfluss auf die Entwicklung Tibets in verschiedensten Bereichen zu preisen (siehe dazu auch Dokumentation unter der Rubrik „Bildung“ in diesem Heft).

Jia Qinglin, Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der KPCh und Vorsitzender der politischen Konsultativkonferenz, reiste als Entsandter der Zentralregierung zusammen mit einer 52-köpfigen Delegation zum Festakt in die tibetische Hauptstadt Lhasa. In seiner Festrede führte er aus, dass unter 40 Jahren

chinesischer Herrschaft eine enorme „wirtschaftliche Entwicklung, sozialer Fortschritt, kulturelles Gedeihen, ethnische Einheit, eine stabile Situation und eine konsolidierte Grenzverteidigung“ erreicht worden seien. Durch die finanzielle Unterstützung der Zentralregierung habe sich der gesamte Produktionswert in Tibet um mehr als das Achtehnfache gesteigert. Mehr als die Hälfte der tibetischen Bevölkerung lebten nicht mehr in Armut. Neben dem finanziellen Engagement der Zentralregierung in Beijing habe zudem die Gewährleistung regionaler Autonomie dazu beigetragen, dass „Tibet has entered the best period of development and stability in history“ (Xinhua, 1.9.05, nach BBC PF, 11.9.05), so Jia Qinglins Ausführungen. Kritiker beurteilten den Festakt erwartungsgemäß als reine Propaganda der parteistaatlichen Führung.

Bei einem der wichtigsten Prestigeprojekte der chinesischen Regierung zur Entwicklung Tibets, der Eisenbahnlinie zwischen Golmud (Provinz Qinghai) und Lhasa, wurde unterdessen der vorletzte Bauabschnitt fertig gestellt. Von der rund 1.100 km langen Strecke fehlt nun noch eine 70 km lange Trasse. Das größte Infrastrukturprojekt in der Autonomen Region wurde im Rahmen der Entwicklungsstrategie Westchina im Jahr 2001 begonnen (vgl. C.a., 2003/4, Ü 17). 800 km der Eisenbahnstrecke liegen dabei oberhalb von 4.500 Metern über dem Meeresspiegel, davon überqueren 550 km permanent gefrorenen Boden. Die Bauarbeiten sollen nach staatlichen Angaben bis Ende Oktober 2005 beendet werden, sodass mit ersten Testfahrten im Juli 2006 gerechnet werden kann.

Die Zentralregierung erhofft sich durch die Anbindung des bislang geographisch weitgehend isolierten Tibets an das restliche chinesische Territorium eine weitere Belebung der tibetischen Wirtschaft. So ist durch die neue Eisenbahnlinie nicht nur mit einer drastischen Absenkung der Transportkosten für Güter zu rechnen, sondern auch mit einer starken Zunahme des Tourismus. Kritiker se-

nen in dem Prestigeprojekt vor allem den Versuch der chinesischen Regierung, bessere Kontrolle über das tibetische Volk und seine Bestrebungen nach größeren Autonomierechten ausüben zu können. So fürchtet der Dalai Lama nach eigenen Angaben mit der Fertigstellung der Bahntrasse „some kind of cultural genocid“ (WSJ, 12.9.05). Damit spielte der Dalai Lama auf die mögliche weiter fortschreitende Sinisierung Tibets an. Vereinfachte Verkehrsverbindungen zwischen mehreren chinesischen Städten und Tibet dürften seiner Ansicht nach noch mehr Han-Chinesen auf Arbeitssuche in die Autonome Region locken. „In general, a railway link is very useful in order to develop, but not when politically motivated to bring about demographic change“ (ebenda). (Xinhua, 1.9.05, nach BBC PF, 11.9.05; FAZ, 2.9.05; XNA, 19., 27.8.05; SCMP, 14.8.05; WSJ, 3.8., 12.9.05) -kw-

### 13 Todesopferstatistiken bei Naturkatastrophen nicht länger Staatsgeheimnis

In Abkehr von einer jahrzehntelang gepflogenen Praxis sollen Informationen über Opferzahlen im Gefolge von Naturkatastrophen in der Volksrepublik zukünftig nicht mehr als Staatsgeheimnisse klassifiziert werden. Wie ein Vertreter der staatlichen Behörde für den Schutz von Staatsgeheimnissen auf einer Pressekonferenz am 12. September bekannt gab, sollen entsprechende gesetzliche Bestimmungen zur Einstufung von Informationen über Opferstatistiken bei Naturkatastrophen, wie sie 1988 und 2000 festgeschrieben worden waren, in Bälde revidiert werden, sodass chinesische Medien über solche Zahlen in Zukunft zeitnah und umfassend berichten könnten.

In der Vergangenheit waren statistische Informationen über Todesopfer von Erdbeben, Flutkatastrophen, Dürren etc. von offizieller Seite aus Sorge vor sozialen Unruhen, aber auch vor subversiven politischen Deutungen, die das Ausmaß entstandener Opfer auf das Versa-

gen nationaler oder lokaler Regierungsstellen zurückführen, zurückgehalten worden.

In englischsprachigen Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua wurde die Ankündigung als wichtiger Schritt hin zu mehr Transparenz der Regierungsarbeit, politischer Verantwortlichkeit lokaler Funktionäre und Stärkung der demokratischen Rechte der Bevölkerung auf Information und politische Partizipation gewürdigt. Die inländische Xinhua-Berichterstattung hob als Vorteil der Deklassifizierung von Opferstatistiken hingegen vor allem den Umstand hervor, dass die Bekanntgabe entsprechender Informationen eine wichtige Voraussetzung sei, um im Katastrophenfall ein „Maximum an öffentlichen Spenden und internationalen Hilfgeldern“ zu erhalten und so die Katastrophenhilfe zu erleichtern. Vor allem für Länder der „Dritten Welt“ wie China sei es daher ratsam, sich für internationale Standards der Katastrophenberichterstattung zu öffnen.

Dass die Entscheidung für eine Bekanntgabe der Opferzahlen bei Naturkatastrophen in erster Linie pragmatisch motiviert gewesen sein dürfte, legt nicht nur die unmittelbare zeitliche Nähe zum Wirbelsturm „Katrina“ in den USA nahe, der in den Tagen zuvor Anlass für ein internationales Medienereignis ersten Ranges gegeben hatte. Auch die explizite Ablehnung einer rückwirkenden Bekanntgabe früherer Statistiken zu Katastrophenopfern, insbesondere der Todesopfer während der „Drei bitteren Jahre“ 1958-61, als unterschiedlichen Schätzungen zufolge zwischen 15 und 80 Millionen Menschen einer durch Mao Zedongs Politik des Großen Sprungs nach vorn verursachten Hungerkatastrophe zum Opfer fielen, spricht kaum für ein Streben nach größerer Transparenz. (XNA, 12.9.05; Xinhua, 12.9.05, nach BBC PF, 13.9.05, SCMP, 12., 13., 23.9.05; IHT, 13.9.05) -hol-

### 14 Öffentliche Anhörung zur Einkommenssteuergesetzgebung

Eine kontroverse Reform der Einkommenssteuergesetzgebung war Ende September Gegenstand einer öffentlichen Anhörung, zu der der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses erstmalig eingeladen hatte. Die Massenmedien beschäftigten sich über mehrere Wochen intensiv mit dem Thema, nachdem der Ständige Ausschuss während einer Tagungswoche Ende August eine Anhebung der Eingangsschwelle für die Einkommenssteuererhebung von bislang 800 RMB auf 1.500 RMB Monatseinkommen avisiert hatte. Die Veranstaltung einer öffentlichen Anhörung zu dem Thema reflektiert das Bemühen der Zentralregierung, sich in Belangen des Lebensalltags der Bürger möglichst responsiv zu zeigen, doch ist kaum anzunehmen, dass die Inhalte der Anhörung tatsächlich einen Einfluss auf die Ausgestaltung der Gesetzgebung haben werden.

Das Thema einer Einkommenssteuerreform ist seit längerer Zeit in der öffentlichen Diskussion, nachdem das 1983 verabschiedete Gesetz zur persönlichen Einkommenssteuer und die zuletzt 1993 fixierte Eingangsschwelle von 800 RMB Monatseinkommen als den veränderten Einkommens- und Kaufkraftverhältnissen nicht mehr angemessen erkannt worden ist. Gemäß einer jüngsten Erhebung des Finanzministeriums habe 1993 nur rund 1% der Angestellten ein Monatseinkommen von über 800 RMB erzielt; 2002 sei der Anteil auf 52% der Haushalte angewachsen. Die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben eines städtischen Angestellten lagen 2004 bei 1.143 RMB. Während die Notwendigkeit einer Anhebung der Eingangsschwelle angesichts dieser Entwicklungen unumstritten ist, wird die Höhe der Anhebung kontrovers diskutiert. Laut Medienumfragen im August sind über 50%, einer Online-Umfrage von Xinhua zufolge sogar 73% der Befragten der Ansicht, dass die Schwelle bei mindestens 2.000 RMB Monatseinkommen liegen sollte. Aus fiskalischer Sicht würde ei-

ne Anhebung der Eingangsschwelle auf 1.500 RMB den Staatshaushalt rund 20 Milliarden RMB kosten, wobei die Einnahmen aus der Erhebung persönlicher Einkommenssteuern 2004 nur bei 6,75% der gesamten Fiskaleinnahmen lagen.

Umstritten ist darüber hinaus die Frage, ob landesweit eine standardisierte Eingangsschwelle gelten oder entsprechend der regionalen Einkommensdisparitäten zwischen West-, Zentral- und Ostchina differenziert werden sollte. Bislang ist es Praxis, dass die einzelnen Provinzen bzw. Großstädte spezifische Schwellen oberhalb der gesetzlich fixierten 800 RMB-Schwelle definieren. So liegt das Eingangseinkommen in Beijing derzeit bei 1.200 RMB, in Shenzhen hingegen bei 1.600 RMB. Eine landesweit standardisierte Eingangsschwelle würde die privaten Haushalte in den rückständigen Binnenregionen gegenüber denen der wohlhabenden Küstenprovinzen relativ begünstigen, ein Effekt, der aus dem Blickwinkel einer Wohlstands-umverteilung politisch durchaus erwünscht, den Einwohnern der südostchinesischen Region aber nicht ohne weiteres zu vermitteln ist.

Die öffentliche Anhörung am 27. September, zu der einen Monat zuvor durch Bekanntgabe in den staatlichen Medien eingeladen worden war, basierte auf einer starken Vorselektion der Teilnehmer. Neben 20 offiziell bestellten Behörden- und Verbandsvertretern wurden 20 „repräsentative“ Vertreter aus der Bevölkerung zugelassen, die vom Ständigen Ausschuss des NVK aus insgesamt knapp 5.000 Antragstellern ausgewählt worden waren. Geachtet wurde dabei nicht nur auf eine angemessene regionale Verteilung der Teilnehmer (8 aus Ost-, je 6 aus Zentral- und Westchina) und auf eine möglichst ausgewogene Einkommens-, Bildungs- und Altersstruktur, sondern offenbar auch auf eine Gleichverteilung der Meinungen zur Anhebung der Eingangsschwelle, die die Antragsteller vorab mitzuteilen hatten. Das Ergebnis der Anhörung, wonach 10 der 20 Teilnehmer für eine höhere Eingangsschwelle, 7 für die offiziell empfohlene Schwelle von

1.500 RMB und 2 für eine niedrigere Schwelle votierten, kann damit nicht als repräsentativ für „die Meinung der Bevölkerung“, sondern höchstens für die Präferenzen des Gesetzgebers gewertet werden. Als wertvolles Referenzmaterial für den Gesetzgebungsprozess könnten allerdings die 5.000 Antragsbögen derjenigen dienen, die sich für die Teilnahme an der Anhörung beworben und ihre wesentlichen Standpunkte und Angaben über ihre persönliche Einkommenssituation damit schriftlich bekannt gemacht haben. Wenn diese Angaben auch nur für eine interne Auswertung in Frage kommen, ließe sich daraus ein gewisser partizipatorischer Mehrwert der solchermaßen vorselektierten und inszenierten öffentlichen Anhörung ableiten. (XNA, 15., 28.8.05; Xinhua, 15., 28.8.05, nach BBC PF, 18.8., 6.9.05; SCMP, 30.8., 28.9.05; ST, 24., 30.8.05) -hol-

## 15 Debatte über zukünftige Gebietsreformen

Die innerchinesische Debatte über mögliche Gebietsreformen in der Volksrepublik, die ein Gegenstand des 11. Fünfjahresplans (2006-2010) werden könnten, hält an (vgl. C.a., 4/2005, Dok 14).

Wie verschiedene Hongkonger Quellen berichten, werden derzeit verschiedene Ansätze einer umfassenden Gebietsreform nicht nur von Regierungsvertretern und Verwaltungsexperten intensiv diskutiert, sondern auch durch Machbarkeitsstudien und Pilotprojekte in verschiedenen Provinzen konkretisiert.

Ein Vertreter des Ministeriums für Zivilverwaltung gab allerdings zu erkennen, dass das Thema zukünftiger Gebietsreformen von Regierungsseiten mit großer Diskretion behandelt werde. Angesichts der potenziell tief greifenden Einschnitte in angestammte politische Kompetenzen und ökonomische Interessen bestehender Gebietsverwaltungen auf den verschiedenen Ebenen der bislang fünfstufigen Verwaltungshierarchie sei hier höchste Behutsamkeit erforderlich.

Nur sehr vage, da offensichtlich höchst kontrovers, werden Ansätze für eine Neuaufteilung der Gebietskörperschaften auf Provinzebene formuliert. So stehen Überlegungen im Raume, die Zahl administrativer Einheiten auf Provinzebene von derzeit 33 (22 Provinzen, vier regierungsunmittelbare Städte, fünf Autonome Regionen sowie die beiden Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macau) auf über 50 zu erhöhen. Im Gespräch ist offenbar vor allem, neben Beijing, Shanghai, Tianjin und Chongqing verschiedene weitere Großstädte als regierungsunmittelbare Städte mit Provinzstatus auszuweisen sowie einige größere und bevölkerungsreiche Provinzen zu teilen. Die Aufwertung der Insel Hainan zur eigenständigen Provinz im Jahr 1988 und die Herauslösung der Stadt Chongqing aus dem administrativen Kontext der bevölkerungsreichen Provinz Sichuan zur regierungsunmittelbaren Stadt im Jahr 1997 seien Präzedenzfälle für eine erfolgreiche territoriale Neuordnung auf Provinzebene gewesen. Zugleich zeigten sie aber, wie sensitiv mit solchen Schritten umzugehen sei, da sie mit erheblichen Folgen für die administrativen Kompetenzen, wirtschaftliche Interessenstrukturen und die Ausstattung mit Haushaltsmitteln einhergingen.

Experten verweisen darauf, dass in den Anfangsjahren der Volksrepublik die Zahl chinesischer Provinzeinheiten im Rahmen der damaligen Militärverwaltung ebenfalls über 50 gelegen habe, also durchaus historische Vorbilder für eine Gebietsreform auf Provinzebene bereitstünden. Kaum zu denken sei hingegen an eine Teilung der gebietsgrößten Verwaltungseinheiten, nämlich der Autonomen Regionen und angrenzender Provinzen im Westen Chinas. Diese basieren auf zum Teil sehr fragilen Zusammenschlüssen verschiedener ethnischer Minderheiten, deren Neuordnung politisch äußerst explosive Wirkungen nach sich ziehen könnte (Informationen aus Expertengespräch der Autorin im September 2005 in Hangzhou; zu strittigen Territorialfragen im Fall Tibets vgl. etwa C.a., 4/2005, S. 23-30).

Konkreter diskutiert wird die direkte Unterstellung der Kreisregierungen unter die Provinzebene, die längerfristig auf eine Abschaffung der dazwischen liegenden Präfektorebene hinauslaufen könnte. In den Provinzen Zhejiang und Guangdong wurden bereits seit 2002 verschiedene Pilotprojekte eingeleitet, in denen einzelne Kreise unmittelbar der finanziellen Verwaltung (und teilweise auch der Verwaltung sozialer Angelegenheiten) durch die Provinzregierung unterstellt werden. Auch hier gelte es allerdings, so äußerten sich chinesische Verwaltungsexperten, „große politische Schocks“ im Gefolge allzu schmerzlicher Eingriffe in die Kompetenzen der Verwaltungen auf Präfektorebene zu vermeiden.

Am weitesten gediehen sind schließlich Ansätze zur Verwaltungsreform auf Gemeindeebene, deren längerfristige Abschaffung ebenfalls erwogen wird. Einstweilen beschränkt man sich allerdings auf die Fusion kleinerer zu größeren Verwaltungseinheiten und die Straffung des Ressortzuschnitts, von denen man sich erhebliche Einsparungen im Personalbereich verspricht. Dem langjährigen Problem der Aufblähung lokaler Bürokratien, das durch den zunehmenden Mangel an kommunalen Haushaltsmitteln im Zuge der ländlichen Steuerreformen der letzten Jahre noch verschärft worden ist, hofft man damit wirkungsvoller zu begegnen.

In der Provinz Henan etwa sind von ursprünglich insgesamt 2.100 ländlichen Gemeinden und Marktflecken bereits 470 zu 200 neuen Gebietskörperschaften auf Gemeindeebene zusammengesetzt worden. Ziel ist es, in den kommenden Jahren alle Gemeinden mit einer Bevölkerung von weniger als 300.000 Einwohnern (in Bergregionen mit schwierigen Verkehrsbedingungen von weniger als 200.000 Einwohnern) aufzulösen und mit Nachbargemeinden zu fusionieren. Mittelfristig hofft man damit, dem Wildwuchs lokaler Verwaltungsstellen, die 85% über dem offiziellen Stellensoll liegen, Herr zu werden. (Xinhua, 19.9.05, nach BBC PF, 23.9.05; *Wen Wei Po*, 19.9.05,

nach BBC PF, 21.9.05; SCMP, 15., 26.9.05) -hol-

## 16 Expräsident der Bank of China zu Todesstrafe mit Vollstreckungsaufschub verurteilt

Liu Jinbao, ehemaliger Präsident der Bank of China in Hongkong und vormals in Shanghai, ist Mitte August von einem Gericht in Changchun, Provinz Jilin, wegen Korruption zur Todesstrafe mit zweijährigem Vollstreckungsaufschub verurteilt worden. Dem auf internationalem Parkett bekannten Banker wurde zur Last gelegt, eigenständig oder in Kollaboration mit Kollegen insgesamt 14,3 Mio. RMB unterschlagen und davon rund die Hälfte in seine eigene Tasche gesteckt sowie Bestechungsgelder in Höhe von 1,4 Mio. RMB entgegengenommen zu haben. Wie das Gericht begründete, wurde die Todesstrafe für zwei Jahre ausgesetzt, weil Liu sich bei der Aufdeckung des Falles sehr hilfsbereit gezeigt hatte. Zusätzlich zur ausgesetzten Todesstrafe erhielt Liu jedoch insgesamt 17 Jahre Freiheitsstrafe; ferner wird sein privates Vermögen vollständig konfisziert. Mit Liu Jinbao standen außerdem zwei Kollegen vor Gericht, die zu 13 bzw. acht Jahren Haft sowie Geldstrafen in Höhe von 2 bzw. 1,5 Mio. RMB verurteilt wurden. In der Volksrepublik werden Todesurteile mit Vollstreckungsaufschub nach Ablauf der zweijährigen Aussetzungsfrist häufig in lebenslängliche Freiheitsstrafen verwandelt. Dennoch erscheint das Urteil gegen Liu Jinbao im Vergleich mit ähnlichen früheren Korruptionsfällen als sehr streng. So war Wang Xuebing, Expräsident der Bank of China und später der China Construction Bank, Anfang 2004 wegen vergleichbarer Korruptionsdelikte „nur“ zu 12 Jahren Haft verurteilt worden (vg. C.a., 2002/1, Ü 28, 2004/1, Ü 8). Offensichtlich wollte die chinesische Führung mit dem jüngsten Urteil auch in internationalen Finanzkreisen ein Signal setzen, dass Korruption im chinesischen Bankensektor nicht gedul-

det würde. (XNA, 12.8.05; SCMP, 13.8.05; FT, 13./14.9.05) -hol-

## 17 Internationale Internetdienstleister in China unter Kritik

In mehreren Fällen sind in den vergangenen Monaten in China aktive internationale Internetdienstleister unter Kritik geraten, den chinesischen Staat bei seinen Bemühungen um politische Kontrolle des Internets zu unterstützen.

Bereits im Frühjahr 2005 war Google vorgeworfen worden, seine chinesischsprachigen Suchmaschinen so zuzuschneiden, dass bestimmte staatlich unerwünschte Webseiten mit sensitiven politischen Inhalten in den Ergebnislisten entsprechender Suchanfragen nicht aufgerufen wurden. Google verteidigte sein Vorgehen damit, dass chinesischen Nutzern der Zugang zu den besagten Seiten ohnehin untersagt sei. Im Juni kam MSN (Microsoft Networks) unter Kritik, auf seinen chinesischen Webseiten Begriffe wie „Demokratie“ oder „Freiheit“ als verboten zu indizieren, sodass deren Eingabe zu Fehlermeldungen führt.

Der jüngste Fall betrifft den Microsoft-Rivalen Yahoo, der ebenfalls mit verschiedenen Internetdienstleistungen in China aktiv ist. Anfang September warf die internationale Organisation Reporter ohne Grenzen Yahoo vor, chinesischen Gerichten durch die Bereitstellung persönlicher E-Mail-Konteninformationen bei der Fahndung nach einem Journalisten behilflich gewesen zu sein, der im April d.J. zu zehn Jahren Haft wegen „illegaler Weitergabe von Staatsgeheimnissen an Ausländer“ verurteilt worden war (vgl. C.a., 3/2005, Dok 17). Soweit inzwischen bekannt ist, hatte der 37-jährige Shi Tao während einer Anstellung bei einer Wirtschaftszeitung in Changsha, Provinz Hunan, mündliche Redaktionsanweisungen des staatlichen Propagandaapparats zur Zensur politisch sensibler Meldungen im Vorfeld des 15. Jahrestags der Niederschlagung der Tiananmen-Pro-

teste im Sommer 1989 notiert und anonym an einen chinesischen Kollegen in den USA versandt. Dieser platzierte die Information wiederum auf einer in New York betreuten chinesischsprachigen Website und machte sie so zahlreichen Lesern außerhalb Chinas zugänglich. Wie aus dem Prozessprotokoll ersichtlich, stellte Yahoo auf Befehl des chinesischen Gerichts Daten zur Verfügung, die offensichtlich bei der Rückverfolgung der anonymen Versendung auf das persönliche E-Mail-Konto Shi Taos dienlich waren.

Ein Sprecher von Yahoo in Hongkong bedauerte die Folgen der Informationsweitergabe im Fall Shi Taos, verteidigte das Verhalten seines Unternehmens aber damit, dass man gerichtliche Aufforderungen zur Bereitstellung nutzerrelevanter Daten „andauernd“ erhalte, nicht nur aus China, sondern auch aus anderen Ländern. Yahoo habe sich zur Einhaltung der rechtlichen Bestimmungen in China verpflichtet, und so bleibe keine andere Wahl als diesen nachzukommen. Westliche Medienkommentatoren unterstellten allerdings, dass Yahoo sich gegenüber der chinesischen Justiz auch deshalb so willfährig verhalte, um sich der politischen Unterstützung für weitere Investitionsvorhaben auf dem chinesischen Festland zu vergewissern. So war wenige Wochen zuvor im August bekannt geworden, dass Yahoo sich zu 40% an Alibaba.com beteiligt, dem Konkurrenten von E-bay in China und inzwischen größtem chinesischen E-commerce-Unternehmen. Der Betrag von einer Milliarde USD, den Yahoo für diese Beteiligung zu zahlen bereit war, stellt die bislang größte ausländische Investition im Internetsektor dar.

Die viel versprechenden Prognosen für die weitere Entwicklung des chinesischen Internets, das bereits jetzt rund 100 Millionen Nutzer verzeichnet und damit nach den USA weltweit an zweiter Stelle liegt, schaffen eine höchst kompetitive Situation auf dem Internetmarkt. Angesichts dieser Marktsituation dürfte die Bereitschaft ausländischer Anbieter von Internetdienstleistungen zu Zugeständnissen an die poli-

tischen Kontrollanforderungen des chinesischen Parteistaats trotz internationaler Kritik kaum abnehmen. (IHT, 21.7., 16.8., 8., 11., 18.9.05; WSJ, 7., 8., 12.9.05; FT, 8., 12.9.05; FAZ, 24.9.05) -hol-

### **18 Neue Bewegung in der festgefahrenen Beziehung zwischen dem Vatikan und den chinesischen Katholiken?**

Seit der Amtseinführung des neuen Papstes, Benedikt XVI., waren seit April 2005 immer wieder hoffnungsvolle Zeichen zu beobachten, die auf eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der römischen Kirche und den Glaubensbrüdern in der VR China hinzuweisen schienen. Pressemeldungen vom September 2005 deuten allerdings auf eine erneute Verschlechterung.

Noch im August d.J. berichteten internationale Medien von einer möglichen Entspannung. So ernannte die staatlich-kontrollierte katholische Kirche in China zwei neue Bischöfe. Obwohl der Teil, der den Papst als Kirchenoberhaupt akzeptiert, seit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der chinesischen Regierung und dem Vatikan 1951 im Untergrund agieren muss und immer wieder von staatlicher Repression betroffen ist, soll Papst Benedikt XVI. der Wahl überraschenderweise zugestimmt haben. Anthony Dang wird dem noch amtierenden, aber bereits schwer kranken Anthony Li als Bischof von Xi'an (Provinz Shaanxi) nachfolgen; Xing Wenzhi ist als neuer Bischof von Shanghai vorgesehen.

Den Vorstoß von päpstlicher Seite wiederum, im Zuge einer angestrebten Versöhnung zwischen beiden katholischen Kirchen in der VR China, vier Bischöfe aus beiden Teilen zu einer Synode in Rom im Oktober 2005 einzuladen, führte in der Folge jedoch zu scharfer Kritik von zentralstaatlicher Seite. Die päpstliche Ankündigung sei gegenüber den chinesischen Katholiken respektlos und würde der beiderseitigen Beziehung eher schaden, so ein Artikel

der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua, der sich auf die Aussage eines Sprechers beider Kirchen berufen haben will. Mit der Begründung, die hochbetagten geladenen Gäste litten unter Gesundheitsproblemen, wurde die Einladung von chinesischer Seite schließlich ausgeschlagen.

Auch wenn die päpstlichen Bemühungen um eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der chinesischen Regierung und dem Vatikan sowie zwischen den beiden katholischen Kirchen in China bislang noch keinen Erfolg erzielt haben, so wurde zumindest wieder Bewegung in die festgefahrene Situation gebracht. Knackpunkt bleiben für die parteistaatliche Führung jedoch die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Taiwan. Für den Vatikan wiederum stellen die steten Repressalien gegenüber den geschätzten 12 Mio. Gläubigen in der VR China ein schwer zu überwindendes Hindernis auf dem Weg zur Versöhnung dar. (ST, 30.7.05; SCMP, 29.7.05; WSJ, 11.9.05; XNA, 10.9.05; IHT, 11.9.05) -kw-

### **19 „Rechtsmittel“ gegen Rechtsanwalt**

Ein chinesischer Rechtsanwalt, der sich in einen Streitfall um Entschädigungszahlungen für die Verstaatlichung von Ölfeldern an mehrere hundert private Investoren in der Provinz Shaanxi eingeschaltet hatte, ist gravierenden Druckmitteln ausgesetzt worden, die die weitere Verteidigung seiner Mandanten verhindert. Der Fall illustriert die Fragilität des chinesischen Rechtssystems, das keine ausreichenden Sicherheiten bereit hält, um Rechtsanwälte in politisch sensiblen Konflikten vor Übergriffen parteistaatlicher Autoritäten zu schützen.

Soweit aus der Berichterstattung Hongkonger und internationaler Medien hervorgeht, hatte Zhu Jiuhu, ein Rechtsanwalt aus Beijing, im Jahr 2004 die Verteidigung privater Ölfeldinvestoren in Shaanxi übernommen. Die Regierung der

dortigen Präfekturstadt Yulin hatte 2003 die Rekonfizierung mehrerer hundert Ölfelder angeordnet, für die sie zuvor Prospektierungs- und Erschließungsrechte an private Unternehmen verkauft hatte. Als Entschädigung für die Konfiskation der „fälschlicherweise“ verkauften Rechte sollen den privaten Investoren eine Gesamtsumme von 1,3 Milliarden RMB (nach anderen Angaben: umgerechnet 242 Millionen USD) geboten worden sein, die aber weit unter den tatsächlichen Investitionen von 7 Milliarden RMB lägen, die die privaten Unternehmen bereits für die Prospektierung der Ölquellen aufgewendet hätten.

Zhu Jiuhu, der einen Prozess gegen die Lokalregierung angestrengt hatte, um angemessene Kompensationszahlungen für seine Mandanten einzufordern, wurde im Mai 2005 von Sicherheitsbehörden in Shaanxi festgesetzt und im Juni formal verhaftet. Nach insgesamt vier Monaten Haft, während der sich seine Familie und zahlreiche Juristenkollegen in Beijing für seine Freilassung einsetzten, gestattete ihm ein Gericht des Kreises Jingbian in der Stadt Yulin Mitte September die Rückkehr nach Beijing. Allerdings befindet er sich dort nicht auf freiem Fuß, sondern wurde auf Kautions für einen auf 12 Monate festgesetzten Zeitraum freigelassen, während dessen die gerichtlichen Untersuchungen gegen ihn weiterlaufen und er sich regelmäßig bei den Behörden melden muss, Beijing nicht verlassen und keine Medieninterviews geben darf.

Damit ist nicht nur seine Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt – vor allem wurde ihm, so urteilen Kommentatoren, durch diese „Rechtsmittel“ faktisch auch die Betreuung des Streitfalles um die Ölfeldkonfiskation in der Provinz Shaanxi entzogen. Auch die Verteidigung der persönlichen Sicherheit seiner Mandanten, von denen inzwischen mehrere Dutzend nach Protesten gegen die lokalen Autoritäten verhaftet und zum Teil zu mehrjährigen Freiheits- bzw. Administrativstrafen verurteilt sein sollen, dürfte Zhu Jiuhu damit bis auf

weiteres verwehrt bleiben. Wie ein Partner in der Beijinger Rechtsanwaltskanzlei Zhu Jihus in Medieninterviews erläuterte, soll Zhu darüber hinaus gemeinsam vom Gericht des Kreises Jingbian und dem Beijinger Rechtsanwaltsverband unter Druck gesetzt worden sein, mehrere Arbeitsverhältnisse in seiner Kanzlei aufzukündigen, sodass selbst die weitere Ausübung seines Berufs in Frage stehen könnte. (SCMP, 20., 23., 25.9.05; FT, 21.9.05) -hol-

---



---

## Bildung und Wissenschaft

Katrin Willmann

---



---

### 20 Zweiter bemannter Raumflug und Eröffnung des Technikzentrums für Mondforschung

Zwei Jahre nach dem ersten bemannten Raumflug ins All ist nun ein zweiter Flug für den 13. Oktober 2005 vorgesehen. Wie schon im Mai 2004 angekündigt, sollen dieses Mal allerdings zwei Raumfahrer an der deutlich längeren Mission teilnehmen (vgl. C.a., 2004/5, Ü 19). Während der Astronaut Yang Liwei im Oktober 2003 bereits nach 21 Stunden auf die Erde zurückkehrte, ist für die zwei Astronauten dieses Mal ein Flug von 119 Stunden, also von fünf Tagen, vorgesehen.

Shenzhou VI wird wie ihr Vorgänger Shenzhou V vom Raumfahrtzentrum Jiuquan in der nordwestchinesischen Provinz Gansu starten. Die Landung ist in Honggeersumu in der Inneren Mongolei vorgesehen. Drei Gruppen mit jeweils zwei Astronauten werden derzeit für die Mission vorbereitet. Ihr Training begann bereits im März 2004 (vgl. C.a., 2004/5, Ü 19). Wie auch schon beim ersten bemannten Raumflug werden Zhai Zhigang und Nie Haisheng die größten Chancen zugesprochen, im finalen Countdown ausgewählt zu werden. Damals hatte Yang Liwei die historische Möglichkeit erhalten, als erster Astronaut in einer chi-

nesischen Rakete zum Nationalhelden zu werden (vgl. C.a., 10/2003, S. 1217-1222).

Die neue Rakete Shenzhou VI wurde um „über hundert technologische Modifikationen“ (*Zhongguo Tongxun She*, 23.9.05) gegenüber ihrem Vorgängermodell verbessert, sodass nun erstmals ein mehrtägiger Aufenthalt im All ermöglicht wird und auch wissenschaftliche Experimente möglich sein dürften. Die Astronauten sollen den Angaben chinesischer Wissenschaftler zufolge dazu erstmals die Raumkapsel verlassen können.

Die parteistaatliche Führung wird ihr Interesse und ihre Unterstützung für die bemannte Raumfahrt im Rahmen des staatlichen Luft- und Raumfahrtprogramms voraussichtlich wieder medienwirksam zum Ausdruck bringen. So könnte Hongkonger Medienberichten zufolge diesmal Ministerpräsident Wen Jiabao anstelle von Staats- und Parteichef Hu Jintao das Raumfahrtzentrum Jiuquan im Vorfeld besuchen.

Im Rahmen des dreistufigen Mondprogramms mit dem Namen Chang'e, der auf eine Gottheit zurückgeht, die gemäß eines chinesischen Märchens zum Mond flog, wurde am 22. August außerdem das Technikzentrum für Mondforschung in Beijing eröffnet. Das Zentrum ist der Kommission für Wissenschaft, Technologie und Industrie für die Nationale Verteidigung zugeordnet. Die Aufgabenstellung des Technikzentrums liegt darin, Machbarkeitsstudien zur Mondforschung zu erstellen sowie die weitere Projektplanung und Projektumsetzung zu gewährleisten. Damit soll die Voraussetzung geschaffen sein, noch vor 2007 den ersten Mondsatelliten mit dem Namen Chang'e I starten zu können. Dieser soll dreidimensionale Bilder von der Mondoberfläche erzeugen können, die Beschaffenheit der Oberfläche analysieren, sowie die Tiefe des Bodens auf dem Mond und den Weltraum zwischen Mond und Erde erforschen können. In der zweiten Phase des chinesischen Mondprogramms soll bis 2010 das